

wir hören.
sie hiersebst
kraft. Den
nsbesonders
ch mit dem
gen Lebens-
e. Solchen
enheit ent-
stet darauf
Vorschriften,
nen Karten,
Augenblick
hrt werden
berforgung
nen werden
in Aussicht
n und zur
se Mengen
Weise fest.
nährungs-
chriften
ewahnen.
r Aue u. U.
nachmittag
der Verein
kratischen
scher Demo-
uh an das
gende Ent-
ische Verein
t dem von
ksammlung
Erzgebirge
etet bereit.
t, sich poli-
ie den ihr
hältnisse im
ngene poli-
 Pflicht mit
rechte. —
e aus der
um veran-
ole Wahlen
abzuändern.
geänderte
litionswahl
des Reiches
te 10 bis
es Gesetzes
ind vorbe-
Reichstags-
zuwenden,
och können
vorschreibt,
Wahlzeit
hr. Ihre
Ausführung
n Bestim-
re Zeit die
der Ge-
Stadtord-
oder der
Bestim-
stehender
In allen
9. Febr.
Stadtver-
im Um-
euwahlen
kraft und
esches.
erlangen
und S-
st über
t bis zu
A. und
annima-
fahran,
ittelver-
ung der
Die bis-
solange
des Ge-
Grund-
meinde-
erlichen
zeitigen
geräumt
u., die
Stellen
ch ihre
er Un-
haben
beim
nnern,
ig muß
stellen
egierte-
ganisch
d der
Kör-
t in Mit-
gebil-
haben
e und
ndung
a. die
ht ge-
e. Mr.
Rück-
folge

Gesonen werden die Volksbeamten unverzüglich und unter Vorbehalt der Entschließung über vorläufige Untersetzung verlassen. Danach sind also die Wahl- lösungen des Stadtverordneten-Versammlungen in Belp- zig und Chemnitz zu Unrecht erfolgt. (S. Ned.)

Mühlstofflieferung des Handwerks. Der Bund der Betriebscheinvereinigungen deutscher Gewerbezweige gibt den Angehörigen des Holz-, Maler-, Buchbinders-, Stellmacher-, Wagenbauer- u. Tapiziergewerbes folgendes bekannt: Der VII. Versorgungsabschnitt umfaßt die Monate Januar, Februar und März 1919. Die Produktion des tierischen Fleisches kann wegen Fleischemangels auch jetzt noch nicht in vollem Umfang eingesen. Es muß daher jeder Betrieb sich auf das Neuerste bei seiner Bedarfsanmeldung ein- stützen. Die Anmeldung des Bedarfs für diese drei Monate muß auf vorgeschriebenen Anmeldebogen in der Zeit vom 1. - 15. Dez. 18. bei der zuständigen Geschäftsstelle Paul Baumann Aue, Wettinerstr. 50, erfolgen. Wer den vorgeschriebenen Anmelbedarf verschlägt, verliert das Recht auf Beurteilung. Soweit noch Greifbares trugt zu erledigen sind, müssen diese amtlich beglaubigt werden.

Feier Aussang feindlicher Kriegsgefangener. Wir lesen im Zwickauer Tageblatt: Die Einstellung der Feindseligkeiten und die deutsche Revolution haben auch das Los der bei uns eingesperrten Kriegsgefangenen erleichtert. Man wird ihnen das vom menschlichen Standpunkt aus gönnen. Während aber die Russen, Engländer, Italiener usw. diese Verhältnisstellung durch zurückhaltendes Benehmen rechtfertigen, treten die Franzosen mit verschwenderischer Unmäßigkeit auf und belasten das Publikum durch Haltung und Bewegung. Beider haben gewiss Zwickauer Damen ihre völkische und weibliche Würde so weit vergessen, daß sie sich mit den übermächtigen Fremdlingen in aufdringlicher Form einleben. Wehnlicher Mißbrauch der deutschen Gastlichkeit wird aus Magdeburg gemeldet. Dort bildete sich vor dem Groß-Kaffee-Hohenholz ein Menschenauflauf. Man verlangte die Einführung weiblicher Begleitung der im Café sitzenden französischen Offiziere. Um Weiterungen vorzubeugen, hatte die Geschäftsführung das Licht löschen lassen. Am Eingang des dortigen Schloß-Cafés befindet sich ein Schild, das in französischer Sprache die Meldung enthält, daß feindliche Gefangenen der Justiz nicht gestattet ist. Wehnliche Schüler seien auch für Ausläden empfohlen. Um überlegen das heilige Lagerkommunismus aus dieser unliebhaften Vorlaßmutter schon Veranlassung genommen, den freien Ausgang für die Gefangenen tageweise zu sperren.

Wth. Die Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer. Wie wir erfahren, sollen die Familienunterstützungen für Kriegsteilnehmer ganz allgemein bis zum 31. Dezember 1918 verlängert werden. Darüber hinaus sollen den nach dem 30. November 1918 zur Entlassung kommenden Mannschaften noch zwei Halbjahrsraten an Familiennunterstützung ohne Prüfung der Bedürftigkeit ausgezahlt werden. Der betreffende Entwurf dürfte schon in den nächsten Tagen festgestellt werden.

Die Verlustlisten der Agl. Sch. Hermes Nr. 562 liegen verschlossen und kann in unserer Geschäftsstelle eingesehen werden.

Wth. Die Verluste des sächsischen Heeres. Auf Grund der bis Ende November von den Truppenteilen und Verbündeten eingegangenen und veröffentlichten Meldungen sind die Verluste der sächsischen Armee auf allen Kriegsschauplätzen folgende: Offiziere: gefallen 3105, verwundet 6608, vermisst 823. Unteroffiziere: gefallen 12298, verwundet 82698, vermisst 5847. Mannschaften: gefallen 94185, verwundet 255838, vermisst 49882. Gesamtsumme: gefallen 109588, verwundet 294634, vermisst 56052. Unter den Gefallenen sind auch die infolge Krankheit und Unfall im Felde und in der Heimat verstorbene Militärpersonen aufgezählt. Die Verwundetenziffer stellt nicht die Anzahl der verwundeten Personen, sondern die Zahl der Verwundungsfälle dar. Deute mit mehrmaliger Verwundung sind also mehrfach gezählt. In der Verlustenzahl sind enthalten 37012 Personen, die sich in feindlicher Gefangenschaft befinden und 19040 wirklich Vermisste, die größtenteils den Gefallenen hinzugezählt werden müssen. Von den 37012 Gefallenen befinden sich 988 zur Erholung in der Schweiz, weitere 4948 aus der Gefangenenschaft ausgetauschte sind von der Vermittlung abgesetzt.

Zeitungspapiersammlung in Aue. Die Garnisonverwaltung des bayerischen Grenzhauses schreibt: Wiederholte Anregungen an dieser Stelle haben den erfreulichen Erfolg gehabt, daß eine ganze Eisenbahnwagenladung Zeitungspapier, das im Bezirk Aue gesammelt worden ist, der Heeresverwaltung als Ertrag für Lagerstroh zur Verfügung gestellt werden konnte. Der Bedarf ist jedoch noch immer groß, da Stroh unbedingt nur für Futterzwecke Verwendung finden darf, und es ergeht daher hiermit erneut an alle Sammler und Sammlerinnen die bringende Bitte, in ihrem bisherigen Eifer nicht nachzulassen und sich auch weiterhin der kleinen Witte zu unterziehen. Herzlichen Dank allen denjenigen, die die gute Sache bereitwilligst unterstützt haben!

Vermischtes.

Seretates Gold. Dem Volksgenossen des Arbeiter- und Soldatenrates in Sagan (Schlesien) wurden von mehreren Bandsturmläuten, die auf Rote waren, 1.500 000 Mr. deutsche Gold, 118 024 Mr. Ober-Ost-Gold, 80 810 Kronen österreichische, 800 000 Mr. rumänische, 107 Pfund türkische, 6000 Mr. polnische Gold, 105 000 Mark österreichische Kronen und für viele tausend Mark Wertpapiere überreicht. Die Bandsturmläute, die ihren Schatz von Rote nach der Karlsbahn- kasse in Rostow bringen sollten, wurden durch die Umwälzungen im Reiche davon gehindert. Sie erhalten eine hohe Belohnung.

Wth im Berliner Schloß. Die gesamte Würde des ehemaligen Kaisers und der Kaiserin ist mit der Gardesuite aus dem Königl. Schloß verschwunden. Die Spieldosen haben nur die Staatsgarde der Kaiserin in zerstörtem Zustande zurückgelassen. Auch Kostbarkeiten und historische Gegenstände sind nicht aufzufinden. Sie sollen ebenfalls gestohlen sein. Das Silberzeug und der Weinvorrat konnten in Sicherheit gebracht werden.

Belästigung des roten Fahne. Das Rassel wird gemeldet: Bereits vor einigen Tagen hatte ein Offizier mit zwei Unteroffizieren eine der vom Triumphbogen vor dem Bahnhof wohrenden roten Fahnen herabgeworfen versucht. Gestern früh erschien Leutnant Krüger, Mittelmeister Krebs und ein dritter Offizier, dessen Name nicht festgestellt werden konnte, und rissen beide roten Fahnen ab, um sie zu zerreißen. Auf die vom Posten alarmierten Wachmannschaften schoß Leutnant Krüger mit einem Gewehr und wurde darauf von der Wache tödlich verletzt. Der Mittelmeister wurde gestellt und abgeführt, der dritte Offizier ebenfalls.

Wie der König von Sachsen „verschließt.“ In der letzten Sitzung der Dresdner Stadtverordnetenversammlung langten der Sozialdemokraten Zustimmung darüber, in welcher Weise und in welchem Umfang der abgelegte König von Sachsen mit Lebensmittel beliefert werden sei. In der Begründung teilte ein Stadtverordneter mit, daß unter anderem an die Höflichkeit zum Verbrauchsgebrauch des Königs gefordert wurden: 80 Pfund Butter und 80 Pfund Fleisch wöchentlich; außerdem im Monat eine Extralieferung von 80 Pfund Fleisch. In der Zeit vom 1. bis 28. September 80 Pfund Mehl, ferner in 14 Wochen 250 Pfund Butter und in jeder Woche etwa 1200 Eier gefordert werden. Die Hoffmannschaft hatte wöchentlich 10 Pfund Butter und 10 Pfund Eier erhalten. Zum Besuch des Kaisers Karl von Österreich seien angefordert worden 40 Pfund Butter und 40 Pfund Fleisch. Bei diesen Maßnahmen habe 25 Pfund Fleisch wöchentlich erhalten, zuletzt sei aber diese Menge um 5 Pfund „gekürzt“ worden, weil kein Schweinefleisch mehr habe. Ferner wären ihm 7½ Pfund Butter wöchentlich und 10 Pfund Butter in jeder Woche zugestellt worden. Von ihrem umfangreichen Silberherd habe es nicht ein Öl abgeliefert. Der Kronprinz habe schäflichstmäßig wenig erhalten. Dem Minister des Innern Graf Witzmann, der besonders zum neuen Durchhalten ernannt wurde, seien eine Reihe Sonderlieferungen zu Repräsentationszwecken zugestellt worden. Oberbürgermeister Silber rechtfertigte, daß alles seinen rechtlichen Gang gegangen sei. Ein Monarch habe Repräsentationspflichten, auch ein Präsident der Republik habe solche. Die Reichs- und Landesstellen hätten die Sonderlieferungen an den Hof genehmigt, so daß die Staatsverwaltung kaum ein Vorwurfe treffen.

Die Vorräte der früheren Kronprinzessin. Die fröhliche Kronprinzessin Cecilie hat aus den Vorräten des „Gesellenhof“ in Potsdam mehrere Gentner Weizenmehl und mehrere hundert Glas Honig dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt. Daraus werden Honigkuchen für die Kriegerkinder gemacht.

Kunst und Wissenschaft.

Ein neuer Komet. Auf der Sternwarte Bergedorf bei Hamburg ist am 28. Nov. von Professor Schott ein Komet entdeckt worden, der zwischen den Sternbildern des Sittlers und des Kubenmannes, nicht bei der Milchstraße, steht und läuft am Himmel nach Nordosten bewegt. Das neue Gesicht ist vorläufig noch sehr lichtschwach.

Das neue Reichswahlgesetz. Berlin, 30. November. Der Rat der Volksbeauftragten hat in seiner gestrigen Sitzung die Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) angenommen. Das Wahlrecht wird den Grundzügen des Aufrufs vom 12. November 1918 entsprechen. Das Reich wird in dem Gebietsumfang vom 1. August 1914, ohne daß damit der Entzettelung der Freiheitsverträge vorgegriffen wird, in 88 Wahlkreiswahlkreise eingeteilt, in denen nach der Einwohnerzahl je 6 bis 18 Abgeordnete zu wählen sein werden. Die Wahlen sollen vorbehaltlich der Zustimmung der am 16. Dezember 1918 zusammenstehenden Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands am 16. Februar 1919 stattfinden. Das Reichswahlgesetz und die dazu gehörige Wahlordnung werden morgen im Reichsgesetzblatt verkündet werden.

Berlin, 30. November. Zur Annahme der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung durch den Rat der Volksbeauftragten schreibt der Vorwärts: Der für das Schicksal des deutschen Volkes höchst bedeutsame Beschuß ist nach langer Beratung und lebhafter Debatte gefasst worden. Daß die Zentralversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte dem Beschuß der Reichsleitung beitreten wird, kann nach den vorliegenden Nachrichten aus dem Lande garnicht bezweifelt werden. Die breiten Massen des Volkes haben ganz richtig erachtet, daß es sich hier um eine Lebensnotwendigkeit für das Reich handelt und daß jeder Versuch den Termin hinauszuschieben, eine Krise herauszuschaffen würde, für deren Folgen niemand die Verantwortung übernehmen kann. Die Revolution hat dem Volk sein Recht gegeben. Im Berliner Tageblatt heißt es: Diese Beschuß wird für das gesamte politische und wirtschaftliche Leben, das unter der gegenwärtigen Diktatur völlig gefälscht war, eine befriedende Wiedergabe ausüben. Die augenscheinlichen Gewaltverhältnisse bekommen den Charakter eines fast begrenzten Proporziums. Das Reich, das infolge der allgemeinen Unstetigkeit zerfallen drohte, wird wieder zu einem gemeinsamen politischen Haubtein aufgerufen, um in allen seinen Gliedern nach den Grundzügen der Demokratie lebt. Aber sein künftiges Schicksal zu entscheiden. Der Rat anzeigt: Mit dem Beschuß hat die provisorische Regierung den Vertrag eingeholt, welches sie dem deutschen Volke gegeben hat und damit bestätigt, daß sie nicht den Weg der Diktatur, sondern den des Rechts und der Freiheit gewählt hat. Durch die Nationalversammlung können erste Statutamente für den Aufbau des deutschen Reichs errichtet werden, die nötig sind um ein wettiger und sturmfreies Wohnhaus für das deutsche Volk tragen zu können.

Der Übergangsvertrag des Kaisers im Winterland.

Zum aufgetragenen Milchschnitzen über seine Zukunft zu begegnen, hat Wilhelm II. in einer statlich einwandsfreien Art und Weise an die Krone Preußens und den damit verbundenen deutschen Kaiserthron verzichtet. Die Macht hat folgenden Wortlaut:

„Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte des Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserthron. Zugleich verzichte ich alle Beamten im Deutschen Reich und Preußen, sowie alle Mitglieder, Unteroffiziere und Mannschaften des Marine, des preußischen Heeres und der Truppen der Württembergischen Armee des Kaiserthrons, die sie mir als Krone Kaiser, König und oberster Beschleicher geleistet haben. Ich erkenne sie von Ihnen, daß Sie die zur Ausarbeitung des Deutschen Reiches den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das deutsche Volk gegen die drohende Gefahr der Kriegs-, der Hungersnot und der Grundbesitz beschützen. Urkundlich unter unserer höchst eigenhändigen Unterschrift und beigedruktem fälschungswiderholt. Gedruckt Umerlogen, 28. November 1918. (ges.) Wilhelm.“

Eine Rede Dernburgs.

Magdeburg, 30. Nov. Zu zwei von mehreren Tausend besuchten Versammlungen, welche in Magdeburg von der demokratischen Vereinigung der fortschrittlichen Volkspartei und den nat. sozialliberalen Partei, die sich zur deutschen demokratischen Partei endgültig zusammengeschlossen haben, veranstaltet waren, entwickelte Staatssekretär Dernburg die Grundzüge des Programms der neuen Partei. Das deutsche Bürgertum erkenne die gewordene Regierung an und bemühe sich, sie zu stützen. Es stelle sich auf den Boden der Revolution, da es sich um eine Revolution des ganzen freigeführten deutschen Volkes handele, nicht nur um die Revolution einer Klasse.

Eine Warnung für die deutschen Volksmärsche.

Berlin, 30. Nov. Zum Gingreisen der Entsente in Rußland schreibt der Vorwärts: Soweit hat es der Volksgeistmusik glücklich gebacht. Statt alle Kräfte des Landes für den Aufbau eines neuen russischen Staates zusammenzufassen, hat er Zustände geschaffen, die ihm von auswärts ein neues Militärregiment, eine neue Ordnung und eine neue Regelung aufzwingen. Daraus können die Volksmärsche Deutschlands das Unglück erkennen, welches sie mit ihrer Agitation für das deutsche Volk vorzubereiten versuchen. In spätestens 14 Tagen würde es möglich sein, französische und englische Truppen bis nach Berlin zu werfen und eine Regelung zu schaffen, die wohl den Interessen unserer bisherigen Gegner im Reize entspräche, auf die aber dem Volke keinerlei Einfluß möglich wäre.

Hessen gegen Glaser's Seitenprung.

Darmstadt, 30. November. Das Hessische Staatsministerium hat an die Reichsregierung in Berlin und an das Staatsministerium in München folgendes Telegramm gerichtet: Das Staatsministerium der Republik Hessen protestiert gegen den vom bayrischen Ministerpräsidenten und Minister des Innern für Bayern angeordneten Abbruch der Belebungen zum Aussöhnlichen Amt in Berlin. Es sieht darin eine Gefahr für die Einheit des Deutschen Reiches und befürchtet, daß dadurch der Separatismus gefordert werden könnte. Es erwartet vom Gesamtministerium Bayerns, daß es seinen Ministerpräsidenten veranlaßt, den verhängnisvollen Schritt zügig zu machen, denn das Nationalinteresse aller Deutschen erfordert dringend, die starke Einheit aller Deutschen bei den Friedensverhandlungen aufrecht zu erhalten.

Englische Phantasien.

London, 29. November. (Reuter.) Der Finanzabteilung des „Daily Chronicle“ schreibt: Die Sachverständigen glauben, daß Deutschland 5000 Millionen Pfennig oder Entschädigung mindestens zahlen könnte, und wenn es notwendig sei, müsse es Hypotheken auf seine Erzeugnisse und anderes aufnehmen, bis die Schuld getilgt sei.

Falsche Meldung.

Berlin, 29. November. Gegenüber einer Meldung des Berliner Tageblattes, daß sich sämtliche Funkstationen in der Hand der Unabhängigen, die der Spartakusgruppe nahestehen, befinden und daß die Unabhängigen ihren Wünschen entsprechende Nachrichten verbreiten, stellt die Zentralfunkleitung fest, daß sich sämtliche deutsche Funkstationen unter der Kontrolle der Volksbeauftragten, aller interessierten Reichsstellen und des Volkszuges befinden und daß jeder Volkstraum durch irgend eine Partei ausgeschlossen ist.

Kirchennachrichten.

Gemeinschaftshaus. Sonntag Nachmittag ½ Uhr: Kinderstunde. Abend 8 Uhr: Evangelisationsveranstaltung. — Dienstag Abend 8 Uhr: Blaupunktveranstaltung. — Mittwoch Abend 8 Uhr: Jugendbund für junge Männer. — Donnerstag Abend 8 Uhr: Gemeinschaftsversammlung. — Freitag Abend 8 Uhr: Jugendbund für Jungfrauen. — Samstag Abend 8 Uhr: Bibelpredigt. — Freitag Abend 8 Uhr: Jugendbund für Jungfrauen.

Berantwortlich für den gesamten Inhalt.

Paul Schumann. — Druck und Verlag:

Unser Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. o.

Große Spielwaren-Ausstellung.

Puppen und Baby	Pferde und Gespanne
Puppenköpfe und -Büge	Pferdeköpfe, Pferkuppen
Puppenbekleidung	Soldatenbekleidung
Puppenstuben u.-Küchen	Oberschleißheimerküche
Puppenmöbel und -Betten	Musikinstrumente
Kochherde und Hausrat	Aufzehrartikel
Kaufladen und Wagen	Stofftiere und Fahrzeuge

Kaufhaus Schocken